ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Marxisten -Leninisten

3Jg. Juni 1969 40 Pfg.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

AKTIVER WAHLBOYKOTT

Zerschlagt das betrügerische Wahlkomplott der Monopolbourgeoisie und ihre Lakaien !

Der Bundestagswahlkampf wird vorbereitet. Der allvierjährliche Akt des bürgerlich-parlamentarischen Affentheaters beginnt über die Bühne zu rollen. Im Parlament werden die letzten Gesetze erlassen und in den Büros bereiten sich die von den Parteien angeheuerten Werbeprofis auf die Wahlschlacht vor. Werbeetat der drei großen Parteien rund 90 Millionen D-Mark. Dagegen nehmen sich die 10 Millionen der NPD diesmal noch bescheiden aus.

Die Show kann beginnen. Badedas-Eggert und Dr. Hegemann (Palmolive und Mr. L), der schon den Adenauer-Slogan "Keine Experimente" kreierte, werben für die CDU diesmal in rot auf weiß, da die SPD in ihrem Horror, vor allem was rot ist, sich auf ein sattes Orange verlegte. Die SPD steigt mit der Werbeagentur ARE auf die Bühne. Ihr erster Clou: Bundesdeutschlands Fernsehliebling Kuli wirbt für die Partei. Die FDP schließlich läßt die Team-Werber (Audi, Königs Pilsener etc.) für sich arbeiten. Daß darüber hinaus täglich, stündlich, pausenlos die Massenmedien wie Presse, Fernsehen, Rundfunk direkt oder indirekt im Sinne der herrschenden Klasse auf die Volksmassen einwirken, rundet nur das Bild der absoluten, totalen Manipulation ab.

Wählen? Was heißt hier schon wählen. Wählen heißt doch, sich zwischen grundsätzlich verschiedenen Möglichkeiten entscheiden zu können. Was aber, wenn jemanden, der Durst auf ein kühles Helles hat, nur fünf verschiedene Sorten Wein vorgesetzt werden? Kann er dann noch wählen? Nein, wenigstens nicht zwischen dem, was er mag, und was er ablehnt.

So und nicht anders stellt sich die Situation zur diesjährigen Bundestagswahl dar. Der Bundesbürger wählt - wohin er sein Kreuz auf dem Wahlzettel auch setzt - immer nur die ausführenden oder ihrer Herrschaft sichernden Organe der Monopolbourgeoisie.

Die CDU/CSU ist zur Zeit die Hauptstütze der Monopolbourgeoisie. Die klassische Unternehmerpartei.

Die SPD unterscheidet sich nur noch in Detailfragen von den vorgenannten. Sie dient den Herrschenden - Große Koalition - als Stütze ihrer Macht in Krisenzeiten und wird, wenn nicht benötigt, fallengelassen.

Die FDP ist die sich liberal gebende Variante der Bourgeoisie.

Die NPD dient als Auffangbecken für die unzufrieden werdenden Massen des Kleinbürgertums, als Eingreifreserve, falls sich die Lage für die Monopole entscheidend verschlechtern sollte.

Die AdF spielt auf der "linken" die Rol-

le, die die NPD auf der rechten Seite spielt. Die ihr von den Herrschenden zugedachte Aufgabe ist es, die zu einer konsequent gesellschaftsverändernden Politik drängenden Teile des Volkes auf dem Kurs der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung zu halten bzw. zurückzuführen.

So sehr sich die vorgenannten Parteien in Detailfragen: Anerkennung der DDR, Atomwaffensperrvertrag, Notstandsgesetze, Grenzen von 1937, mehr oder weniger soziale Rechte für das Volk etc. auch unterscheiden mögen, keine von ihnen stellt die Klassenfrage, fordert die Beseitigung der Diktatur der Monopolbourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Trotz des Aufgebots an verschiedenen Parteien haben wir es in der Hauptsache nur mit einem Gegner zu tun. Diese verschiedenen Parteien sind lediglich verschiedene Brigaden einer imperialistischen Armee. Das ist das typische Bild einer bürgerlichen Demokratie, in der das Parlament, wenn überhaupt, von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, lediglich dazu benutzt werden kann, diesen Betrug am Volk zu entlarven.

Sollen und können wir uns unter diesen Umständen an der Bundestagswahl 1969 beteiligen? Hier müssen wir zwei Dinge unterscheiden. Natürlich werden wir uns am Wahl<u>kampf</u> beteiligen, und das nicht zu knapp. Das heißt, wir werden die Situation vor der Bundestagswahl, in der große Teile der Bevölkerung für politische Dinge aufgeschlossener sind, ausnutzen, um ihnen die Politik unserer Partei zu erläutern. Keinesfalls aber werden wir uns durch Aufstellung eigener Kandidaten am diesjährigen bürgerlich-parlamentarischen Wahlrummel beteiligen.

Wem sollte das unter den gegebenen Umständen nützen? Niemanden. Noch befindet sich unsere junge marxistisch-leninistische Partei im Aufbau. Noch wurde nicht in aller Breite und Tiefe die absolut notwendige Klassenanalyse erstellt und daraus die einzuschlagende Strategie und Taktik entwickelt. Natürlich haben wir als Richtschnur für unser Handeln den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen. Ihre konkrete Anwendung auf die Situation in der Bundesrepublik muß aber noch erarbeitet werden. Und es wäre unverantwortlich, wollten wir in dieser für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Frage übereilt oder leichtfertig handeln.

Bleibt jedoch noch die Frage, wenn all diese notwendigen Dinge vollzogen wären, wäre es dann zweckmässig, sich durch die Aufstellung eigener Kandidaten an der Wahl zu beteiligen? Auch hier muß man fragen, wem nützt das? Uns oder dem Klassengegner? Wir wissen um die Allmächtigkeit des Apparates der öffentlichen Meinungsbildung, der der Monopolbourgeoisie zur Verfügung steht. Andererseits aber kennen wir auch die Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus, der Maotsetungideen, und wissen, wenn diese vom Volk, von der Arbeiterklasse in ihren Grundzügen und ihrem Wesen begriffen, verstanden und angewendet werden, daß das Schicksal der Bourgeoisie, der Ausbeuterklasse trotz Werbeprofis, Presse, Fernsehen, Rundfunk besiegelt ist.

Würden wir uns jetzt, wo der Marxismus-Leninismus, die Maotsetungideen noch nicht im breiteren Maße die Massen erfaßt haben, wo es noch keine völlig gefestigte Avantgarde des Proletariats, kein fest umrissenes marxistisch-leninistisches Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes gibt, uns mit Kandidaten an den Wahlen beteiligen, gäben wir dem Klassengegner die Möglichkeit, erstens hämisch auf das zu erwartende prozentual niedrige Wahlergebnis hinzuweisen "da seht ihr ..." und zweitens würden wir jetzt damit - wenn auch ungewollt - die von den Revisionisten der DKP/AdF genährte Illusion unterstützen, es ließe sich auf friedlich-parlamentarischem Wege eine Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erreichen.

Jeder Marxist-Leninist weiß, daß der Sturz der Monopolbourgeoisie nur herbeigeführt werden kann, durch einen breiten, außerparlamentarischen Kampf mit allen Mitteln bis hin zum bewaffneten Aufstand. Jeder Streik, der das Klassenbewußtsein der Arbeiter fördert, jede Demonstration, die die herrschende Klasse entlarvt, jede erfolgreiche Aktion, die das Selbstvertrauen der Massen hebt, sind wesentlich wertvoller als heute einige wenige Abgeordnete im Parlament, deren Tätigkeit ja nur darin bestehen könnte, von der Tribüne des Parlaments aus den bürgerlich-parlamentarischen Schwindel

zu entlarven. Diese Möglichkeit würde den wenigen durch Abschalten im Fernsehen oder Verschweigen in der Presse schon bald genommen.

Bliebe zu fragen, was zur Bundestagswahl empfehlen wir den "Wählern" zu tun? Ihr Kreuzchen neben eine der auf dem Wahlzettel stehenden Parteien zu setzen? Ihnen empfehlen, von mehreren Übeln das kleinste zu wählen und damit der Bourgeoisie erlauben, sich weiter vom "Volkswillen" getragen zu fühlen? Nein! Für uns gibt es nur eine Möglichkeit: Die Menschen zum Protest, zum Widerstand gegen diesen bürgerlich-parlamentarischen Wahlschwindel aufzurufen, der ihnen nicht einmal die Chance einer echten Wahl läßt, geschweige denn,ihnen die Möglichkeit gibt, irgendetwas in der Politik dieses Staates zu bestimmen.

Das wird auch in zunehmendem Maße von immer breiteren Schichten unseres Volkes erkannt und drückt sich aus in dem Satz: "Was können wir tun, die da oben machen doch, was sie wollen." Die Menschen, die der Wahl fernbleiben, sind beileibe nicht immer nur unpolitisch, sondern viele von ihnen haben ganz einfach "die Schnauze voll", weil sie instinktiv fühlen, daß sich für sie als Ausgebeutete, als Unterdrückte durch bürgerlich-parlamentarische Wahlen einfach nichts ändern läßt. Hinzu kommt, daß fast die gesamte APO, die Außerparlamentarische Opposition, die revolutionären Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten, eine Beteiligung am Wahlschwindel der Monopolbourgeoisie entschieden ablehnt.

Können wir es als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aber bei einer einfachen,passiven Wahlenthaltung bewenden lassen? Nein! Wenn schon, dann müssen wir die Volksmassen zum aktiven Boykott der Wahlen zum Bundestag 1969 aufrufen. Lesen wir dazu, was Lenin zum Boykott der Bulyginschen Duma schrieb (Lenin, Band 9, S. 175):

"Ferner müssen wir, zweitens, alles daransetzen, damit der Boykott realen Nutzen im Sinne der Erweiterung und Vertiefung der Agitation bringt und nicht auf eine einfache, passive Wahlenthaltung beschränkt bleibt. Dieser Gedanke ist, wenn wir nicht irren, unter den in Rußland wirkenden Genossen schon ziemlich verbreitet und wird von ihnen in die Worte gefaßt: aktiver Boykott. Im Gegensatz zur passiven Enthaltung muß der aktive Boykott eine verzehnfachte Agitation bedeuten, die Abhaltung von Versammlungen überall und allerorts, die Ausnutzung der Wahlversammlungen, sei es auch dadurch, daß man gewaltsam in sie eindringt, die Veranstaltung von Demonstrationen, politischen Streiks usw. usf."

"Aktiver Boykott" ist also: "Agitation, Werbung, Organisation der revolutionären Kräfte in größerem Maßstab, mit verdoppelter Energie, unter dreifachem Druck," wie Lenin sagt. Natürlich wird die Organisierung politischer Streiks, wie Lenin sie fordert, angesichts des Bewußtseinsstandes der westdeutschen Arbeiterklasse heute nur schwer möglich sein. Aber es gibt neben den angeführten ja auch zahlreiche andere Möglichkeiten, dem "aktiven Boykott" konkreten Ausdruck zu verleihen. Dem Einfallsreichtum der Genossen sind hier keine Grenzen gesetzt.

Lenin fährt fort: "Aber eine solche Arbeit ist undenkbar ohne klare, genaue und direkte Losung." Die Losung für Lenin und die Bolschewiki war damals im Jahre 1905 angesichts einer revolutionären Situation der bewaffnete Aufstand. Wir, die wir nicht unmittelbar vor einer revolutionären Situation stehen, müssen neben dem Aufruf zum "aktiven Wahlboykott" anhand der gegebenen Situation und ausgehend vom Bewußtseinsstand unseres Volkes die derzeit richtigen, klaren und verständlichen Losungen entwickeln. Ein diesbezüglicher Vorschlag geht in Form eines geplanten zentralen Flugblattes den Leitungen und Gruppen unserer Partei zur Diskussion und Beratung zu.

STUDIENHINWEIS

Mehrere Parteigruppen haben sofort nach Erscheinen mit dem Studium des überaus wichtigen international bedeutsamen Berichts des Genossen Lin Biao, den dieser auf dem IX. Parteitag der KP Chinas gegeben hat, begonnen. Die Partei bittet alle Genossen, das Studium dieses marxistisch-leninistischen Dokuments in breitestem Rahmen zu organisieren.

In diesem Zusammenhang weisen wir noch einmal auf den unbedingt notwendigen Bezug der 'Peking-Rundschau' durch alle Genossen hin.

Kriegserklärung an die „Partner"

In der April-Nummer dieser Zeitung wurde ein Lagebild der westdeutschen Binnenkonjunktur gegeben, so wie es sich damals abzeichnete. Inzwischen ereignete sich (mit der Entscheidung vom 9. Mai, die Mark nicht aufzuwerten) auch eine internationale Krise ersten Grades. Diese beiden Aspekte (nationale und internationale Konjunktur) müssen aus Gründen der Präzision getrennt werden, trotz ihrer engen dialektischen Wechselwirkung. Folgendes Bild vermag den Zusammenhang einigermaßen zu erklären: bei ruhiger See wäre der Weg eines Motorboots nur von der eigenen Geschwindigkeit, Kurs usw. abhängig (das entspräche der nationalen Konjunktur); in Wirklichkeit wirken dauernd auch äußere Einflüsse wie Strömungen, Wind usw. auf das Boot ein (internationale Konjunktur).

Schon vor der neuen Währungskrise war die nationale Konjunktur ins Stadium der Überhitzung eingetreten, schon vor dieser Krise waren also für den Sommer erhebliche Preissteigerungen vorauszusehen gewesen. Nun behaupteten aber Schiller und "Genossen" im Mai plötzlich, eine Aufwertung hätte Preissteigerungen verhindert und die kommende Inflation werde eine "importierte" Inflation sein. Das ist falsch und erfüllt für die Bourgeoisie den Zweck, eine falsche Alternative Strauß - Schiller aufzubauen, um für die nächste Rezession das "Auffangreservoir" SPD wieder funktionsfähig zu machen. Schillers Behauptung gleicht der des Motorbootkapitäns, der den Motor auf vollen Touren laufen läßt und verkündet, seine Geschwindigkeit käme vom Rückenwind.

Was bedeutete also die Entscheidung vom 9. Mai in Wahrheit? Das marxistische Gesetz von der ungleichen Entwicklung der Produktion im Kapitalismus (da die Länder bzw. Sektoren mit höherer Produktivität unweigerlich noch mehr Kapital anziehen und ihr "Vorsprung" also immer größer statt kleiner wird) tritt in der heutigen, "keynesianischen" Phase des Kapitalismus als Gesetz der ungleichen Inflationsraten hervor. In der Tat hat seit der großen Krise von 1929 kein kapitalistisches Land mehr den Mut aufgebracht, den Zyklus "natürlich" verlaufen zu lassen: schon bei Beginn der Rezession griff der Staat ein, um mittels inflationärer "Spritzen" die "Talsohle" auf einem erträglichen Niveau zu halten. Dabei mußten jedoch die Länder mit geringerer Produktivität (England und Frankreich) öfter und tiefer in den Inflationssäckel greifen als die mit höherer (vor allem die BR). Die USA bilden einen Sonderfall: trotz der hohen Produktivität lief die Inflationsmaschine dort auf Hochtouren, um die gigantischen Kosten der imperialistischen "Weltpolizei"-Streitmacht zu bezahlen. So bildete sich schließlich ein genereller Wertunterschied zwischen der Mark auf der einen und den wichtigsten westlichen Währungen auf der anderen Seite heraus, der wahrscheinlich mindestens 10 Prozent ausmacht. Konsequenz: die deutsche Exportindustrie wurde unwiderstehlich und die westlichen "Partner" wurden zu chronischen Defizit-Ländern.

Theoretisch gibt es zwei Möglichkeiten einer Lösung: entweder man behält den Freihandel bei oder man behält die Währungskurse bei. Wenn man den Freihandel beibehalten will, muß die Mark aufgewertet oder die westlichen Währungen abgewertet werden. Wenn man die Währungskurse beibehalten will, müssen die westlichen "Partner" zu Importbeschränkungen greifen. Strauß (hinter ihm steht Abs) hat den "Partnern" am 9. Mai den Krieg erklärt. Er stellte sie vor die Alternative: Wenn ihr den Freihandel beibehalten wollt, müßt ihr abwerten, denn wir werten nicht auf - oder ihr müßt das Risiko eingehen, den Freihandel zu zerstören.

Für uns Marxisten-Leninisten ist es von ganz entscheidender Wichtigkeit, den Sinn dieser Kriegserklärung richtig zu interpretieren. War es nur Wahltaktik? Geschah es nur, weil Strauß und Kiesinger "nichts von Wirtschaft verstehen"? Es gehört schon ein nettes Maß an Naivität dazu, das anzunehmen. Als ob die Bourgeoisie Entscheidungen akzeptieren würde, die eindeutiger Wahnsinn für sie wären! Als ob diese Entscheidung von den Charaktermasken Strauß und Kiesinger gefällt worden wäre, und nicht von Abs und dem hinter ihm stehenden aggressiven Flügel des westdeutschen Imperialismus! Selbstverständlich stellt diese

Entscheidung auch für die westdeutsche Bourgeoisie ein Risiko dar: durch Importkontingente der westlichen "Partner" würde ihr Export schwer leiden. Aber offenbar fühlt man sich in einer Position der Stärke. Offenbar hat man noch einen Trumpf in der Rückhand.

Dieser Trumpf in der Rückhand heißt - "Genosse" Patolitschev! Man hat den riesigen Markt der revisionistischen Länder als Erpressungsinstrument gegen die eigenen "Partner" bereits in Aussicht! Man bekommt eine Pipeline mit russischem Erdgas. Man darf bei Moskau Röhrenfabriken bauen. Man bietet in Moskau "Automation 1969" zum Verkauf an, und man sieht mit größtem Vergnügen, wie die Revisionisten bettelnd auf dem Bauch kriechen ...

Fassen wir zusammen: Die Entscheidung vom 9. Mai bedeutet, daß der westdeutsche Imperialismus wieder auf eigene Faust, und sogar offen im Widerspruch zu den Interessen des US-Imperialismus zu handeln wagt. Sie bedeutet, daß er die westlichen "Partner" einseitig zur Abwertung zwingen will. Sie bedeutet weiter, daß er dabei das Risiko einer Zerstörung des Freihandels und seiner eigenen westlichen Märkte eingeht. Und sie bedeutet, daß er dieses Risiko niemals ohne die objektive Rückendeckung der UdSSR hätte eingehen können. Denn sollte der Westen nicht kapitulieren, so würde die nächste deutsche Rezession (Anfang der 70er Jahre) zur Krise auswachsen (mit schwerer Arbeitslosigkeit). Die Bourgeoisie geht dieses Risiko ein, weil sie weiß, daß sie die Revisionisten im Kampf gegen revolutionäre Strömungen auf ihrer Seite haben wird.

Konsequenzen für unsere Agitation: den Arbeitern erklären, daß Schiller und die SPD von der Bourgeoisie am 9. Mai wie ein Zigarettenstummel weggeworfen worden sind - daß sie aber im übrigen keinerlei Alternative mehr darstellen; erklären, was der neue "Rückversicherungsvertrag" mit den neuen Zaren für die westdeutsche Bourgeoisie bedeutet.

Merkmale sowjetischer Außenpolitik:

Drohung mit Atombomben

Abenteurertum und bewaffnete Aggression

"Der Sowjetrevisionismus und der USA-Imperialismus, die unter einer Decke stecken, haben so viel üble und berüchtigte Taten begangen, daß die revolutionären Völker der ganzen Welt sie nicht unbestraft entkommen lassen werden."

Mao Tsetung

Während sie im Georgssaal des Kreml - dort wo die alten Zaren ihre Banketts und festlichen Empfänge gaben - tagten, während ihr Obergangster Breschnew sich in Hass-Tiraden gegen die Volksrepublik China erging und dem chinesischen Volk und dem Genossen Mao Tsetung Kriegslüsternheit vorwarf, mordeten sowjetische Grenztruppen mitten im Frieden chinesische Bauern und Fischer und drangen in chinesisches Territorium ein.

Kaum noch zu zählen sind die bewaffneten Provokationen, die die Sowjetrevisionisten begingen und noch täglich begehen. Seit dem 15. März beschiessen sowjetische Truppen die chinesische Insel Dschenbao und das Hinterland mit schweren Geschützen. Über 10 000 Schuss wurden bisher dabei verfeuert. Ungeachtet chinesischer Proteste dagegen Sowjettruppen in chinesisches Territorium ein, legen dort Schützengräben an, beschiessen Patrouillen, verprügeln, verschleppen, morden chinesische Zivilisten, die ihrer friedlichen Arbeit als Bauern und Fischer nachgehen und dringen mit Flugzeugen weit in chinesisches Hoheitsgebiet vor.

Während sie all diese Schandtaten begehen, versuchen sie nach dem Motto 'Haltet den Dieb' in Noten, Erklärun-

gen etc. sich als die Friedfertigkeit selbst darzustellen, und scheuen sich nicht, selbst bei so reaktionären Regierungen wie in Bonn um schön Wetter und Verständnis für ihre "schwierige Lage" zu werben. Nichts zeigt deutlicher die doppelzüngige Taktik dieser Ganoven: Einerseits bezichtigen sie die Bundesregierung und die Regierung der USA des Imperialismus, andererseits sind sie bereit, mit diesen erklärten Feinden der Völker gemeinsame Sache gegen die Volksrepublik China zu machen.

Seitdem die modernen Revisionisten im Kreml den Marxismus-Leninismus verrieten und den Kapitalismus in ihrem Land in immer schnellerem Maße restaurieren, ändert sich auch rapide ihre Aussenpolitik und nimmt faschistische Züge an. Die Tour, die die neuen Zaren im Kreml heute reisen, kennt das deutsche Volk nur zu genau. Auch Hitler beteuerte in Worten seine Friedensliebe und ließ gleichzeitig Greuelmeldungen über Polen verbreiten, bevor er in dies Land einfiel. Nicht anders handeln die Sowjetrevisionisten. Man braucht sich nur einmal ihre Kriegsvorbereitungen gegen die Volksrepublik China zu betrachten:

Um mindestens 200 000 Mann haben die Sowjetrevisionisten seit März dieses Jahres ihre Truppen im Fernen Osten verstärkt. Gegenwärtig sind ca. 1,5 Millionen Mann allein östlich von Irkutsk zusammengezogen. Raketeneinheiten mit über 300 Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen sind in Süd- und Ostsibirien wie in der Mongolei stationiert und bedrohen die chinesischen Industriegebiete in der Mandschurei, in Lantschou und Paotou. Gleichzeitig werden sowjetische Jugendliche in Sondereinheiten an der chinesischen Grenze zusammengezogen und zum Krieg gegen Volkschina gedrillt. Die Fernost-Flotte der Sowjetunion wurde verstärkt und umorganisiert. Wie die "Komsomolzkaja Prawda" berichtet, wurden im Raum von Dschenbao verstärkt Panzer und Flugzeuge stationiert. Über ganz Ostsibirien wurde - von Moskau amtlich bestätigt - eine Reisesperre für alle Ausländer erlassen.

Währenddessen droht der sowjetische Rundfunk in für China bestimmten Sendungen - massiv mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Volksrepublik. Wörtlich: "Die ganze Welt weiß, daß die wichtigsten Waffen der sowjetischen Streitkräfte ihre mit atomaren Sprengköpfen versehenen Raketen sind, die eine unbegrenzte Zerstörungskraft haben. Können seine (Genossen Mao Tsetungs) Raketen atomare Sprengköpfe tragen? Wie wir wissen, haben die chinesischen Streitkräfte keine derartigen Waffen".

In hektischer Eile versuchen die neuen Zaren im Kreml ein sogenanntes "kollektives Sicherheitssystem asiatischer Nationen" zu zimmern, das der Einkreisung Volkschinas dienen soll. Zu diesem Zweck haben sie eilig ihre diplomatischen Vertreter aus Indien, Pakistan, Afghanistan, Singapur, Kambodscha und Birma sowie den US-Botschafter Dobrynin zu einer Konferenz nach Moskau zitiert. Während sie einerseits - sozusagen für den Hausgebrauch - mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Volksrepublik China drohen, versuchen sie andererseits der Weltöffentlichkeit gegenüber so zu tun, als ob sie zu sachlichen Grenzverhandlungen mit der VR China bereit seien. In ihrer von TASS am 10.5.69 veröffentlichten Note werden jedoch die heutigen Grenzen der UdSSR an den Flüssen Helung und Wusuli (Amur und Ussuri) sowie im Pamir und Tinschau als "heute ebenso wie gestern unantastbar" bezeichnet. Man fragt sich, warum sie dann noch verhandeln wollen, wenn das Ergebnis für Verhandlungen bereits für sie feststeht.

Wie begründen die Sowjetrevisionisten diese provokatorische Haltung? Sie behaupten frech, es gäbe gar keine zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR bestehenden Grenzfragen sowie es keine ungleichen Verträge zwischen dem zaristisch-imperialistischen Russland und dem halbkolonialen China Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben habe. Sie bezeichnen die damals China aufgezwungenen Verträge als "Streitigkeiten" zwischen den "chinesischen Kaisern und den Zaren", wobei keine Rede davon sein könnte, wer der Aggressor und wer das Opfer der Aggression war - ebensowenig davon, ob die zwischen diesen abgeschlossenen Verträge gleiche Verträge waren oder nicht.

Mit dieser Gangsterlogik versuchen sie ihre sozial-imperialistische Politik zu bemänteln, wobei sie noch schamlos von der "Treue zu Lenins Vermächtnis"

daherreden (in ihrer Note vom 29.3.). Was sagen die großen Lehrer des Weltproletariats, Marx, Engels und Lenin zu dieser Frage. Lesen wir, was darüber in der Erklärung der Regierung der Volksrepublik vom 24.5.1969 steht:

In einem Kommentar über den „chinesisch-russischen Vertrag von Aigun" erklärte Marx im Jahre 1858, daß „er (John Bull) Rußland durch seinen zweiten Opiumkrieg zu dem kostbaren Landstrich zwischen dem Tatar-Golf und dem Baikal-See verholfen hat, einem Gebiet, das Rußland von jeher glühend begehrt und dessen es sich seit den Zeiten Zar Alexej Michailowitschs bis zu Nikolaus immer zu bemächtigen versucht hatte"
Und Engels wies im selben Jahr ebenfalls darauf hin, daß Rußland „China eines Gebietes, so groß wie Frankreich und Deutschland zusammengenommen, und eines Stromes von der Länge der Donau beraubte" und: „nicht zufrieden damit, hat es erreicht, daß eine russisch-chinesische Kommission zur Festlegung der Grenzen gebildet worden ist. Nun, wir alle wissen, was solch eine Kommission in den Händen Rußlands ist. Wir haben solche Kommissionen an den asiatischen Grenzen der Türkei arbeiten sehen, wo sie mehr als zwanzig Jahre lang von diesem Lande ständig Stück für Stück abgeschnitten hatten, ...".
Alles ereignete sich genauso, wie es Engels so weise vorausgesehen hatte. Von 1858 an hatte das zaristische Rußland mit der Unterzeichnung jeden Vertrags und mit jeder Vermessung der Grenze vom chinesischen Territorium „Stück für Stück abgeschnitten". Auch Lenin verurteilte nicht nur einmal das zaristische Rußland aufs schärfste wegen dessen Aggressionsverbrechen gegen China. Lenin stellte fest, daß „die europäischen Regierungen (und die russische ist dabei so ziemlich eine der ersten) mit der Aufteilung Chinas bereits begonnen haben. Aber sie haben mit der Aufteilung nicht offen begonnen, sondern heimlich, wie Diebe." Und ferner: „Die Politik der Zarenregierung in China ist eine verbrecherische Politik".

Der große Lenin unterstützte zu seiner Zeit China und alle anderen unterdrückten Länder aufs wärmste in deren Widerstand gegen die Aggression seitens des zaristisch-russischen Imperialismus und aller anderen Imperialisten. Er erklärte dazu: „Wenn ... morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Rußland usw. den Krieg erklärten, so wären das gerechte Kriege, 'Verteidigungs'kriege, unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber – über die 'Groß'-mächte – sympathisieren". Heute, wenn man sich diese Lehren Lenins wieder vornimmt, kann man nur zu der einen Schlußfolgerung kommen: daß die Sowjetregierung so eifrig die imperialistische Gangsterlogik propagiert, ist nicht nur „der Leninschen Politik fremd" sondern auch der schamloseste Verrat am Leninismus.

In Bezug auf die ungleichen Verträge, die das zaristische Rußland China aufgezwungen hatte, trat der große Lenin immer für deren Annullierung ein.

Am 27. September 1920 verkündete die von Lenin geführte Regierung der Sowjets feierlich, daß sie „alle Verträge, die von den früheren Regierungen Rußlands mit China geschlossen wurden, für außer Kraft gesetzt erklärt, auf alle eroberten Gebiete des chinesischen Territoriums, auf alle russischen Konzessionen in China verzichtet und China alles unentgeltlich und für immer zurückgibt, was ihm von der zaristischen Regierung und der russischen Bourgeoisie räuberisch entrissen wurde".

Außerdem legt das am 31. Mai 1924 unterzeichnete „Abkommen über die allgemeinen Prinzipien für die Lösung der zwischen China und der Sowjetunion schwebenden Fragen" fest, auf einer von beiden Seiten vereinbarten Konferenz „alle Konventionen, Verträge, Abkommen, Protokolle, Kontrakte usw., die zwischen der Regierung von China und der zaristischen Regierung abgeschlossen wurden, zu annullieren und durch neue Verträge, Abkommen usw. auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit wie auch im Geist der Deklarationen der Sowjetregierung von 1919 und 1920 zu ersetzen" und „ihre Staatsgrenze von neuem festzulegen und, bis zu einer solchen Festlegung die gegenwärtigen Grenzen beizubehalten".

Es ist begreiflich, daß die Grenzfrage zwischen China und der Sowjetunion nicht beigelegt werden konnte, solange China einer reaktionären Herrschaft unterstand. Die Gründung der Volksrepublik China schuf alle notwendigen Bedingungen für eine vernünftige Lösung der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage. Aus verschiedenen Gründen wurde seinerzeit diese Frage nicht angeschnitten; an der chinesisch-sowjetischen Grenze blieb nichtdestoweniger alles ruhig. Erst seit 1960, als sich die Sowjetregierung immer weiter vom Weg des Marxismus-Leninismus entfernte, die Diktatur des Proletariats durch die Herrschaft einer neuen bourgeoisen Klasse ersetzte, sich mit dem US-Imperialismus verbündete und nach außen hin eine sozial-imperialistische Politik zu verfolgen begann, begann sie auch die Grenze zum sozialistischen China in Frage zu stellen und chinesisches Territorium an sich zu reissen. Vom 15. Oktober 1964 bis zum 15. März dieses Jahres erreichten die von sowjetischer Seite provozierten Grenzzwischenfälle die Zahl 4189, zweieinhalb mal soviel wie die von 1960 bis 1964 von ihr provozierten. Dabei wandte sie immer bösartige Methoden an. Nicht nur, daß sie in chinesisches Territorium eindrangen; sie stifteten Brände, erschlugen wehrlose chinesische Bauern und Fischer, überfuhren sie mit Panzern oder ertränkten sie in Flüssen.

Lenin verurteilte empört die russische Regierung wegen ihrer Greueltaten, die sie mit dem Massaker friedlicher chinesischer Einwohner beging, mit den Worten: "Wie wilde Tiere fielen sie über (China) her, indem sie ganze Dörfer niederbrandten, wehrlose Einwohner, Frauen und Kinder im Amur ertränkten,

niederschossen und auf die Bajonette spießten". Welcher Unterschied besteht denn heute zwischen den von der Sowjetregierung auf den Flüssen Wusuli und Helung gegen die chinesischen Einwohner begangenen Greueltaten und denen der zaristisch russischen Regierung, die Lenin zu seiner Zeit so scharf verurteilte?!

Wenn heute die Sowjetregierung meint, die Volksrepublik China nuklear erpressen zu können, so hat sie sich gewaltig geirrt. Das China Mao Tsetungs ist nicht die CSSR. Und das 700-Millionen-Volk Chinas, gewappnet mit dem Marxismus-Leninismus, den Maotsetungideen und in der Großen Proletarischen Kulturrevolution gestählt, wird jedem Aggressor eine Abfuhr erteilen, die nur mit dessen Niederlage enden kann. Die Sowjetrevisionisten, sollten sie diesen Krieg entfesseln, werden sich nicht nur der Volksrepublik China gegenübersehen, sondern auch der Einheitsfront aller Marxisten-Leninisten der Welt.

Albanische Wirtschaft im Vormarsch

Produktionserfolge zum Jubiläumsjahr

In diesem Jahr begeht das albanische Volk den 25. Jahrestag seiner Befreiung. Aus primitivsten Anfängen hat sich die Volksrepublik Albanien vom einstmals rückständigsten Land Europas zu einem modernen sozialistischen Industrieland entwickelt. Die natürlichen Reichtümer des Landes, die großen Vorkommen an Erdöl, Eisennickelerz, Kohle, Phosphat, Chrom usw. dienen der albanischen Wirtschaft als Grundlage.

Im Jahre 1968 war die industrielle Produktion 44 mal größer als 1938, die Chromerzförderung 52 mal und die Kohlegewinnung 136 mal. Allein in den ersten drei Jahren des vierten Fünfjahrplans (1966 bis 1968) war die Produktion in der VRA größer als während des ganzen dritten Fünfjahrplans 1961-65. Vieles von dem, was bereits 1968 an neuen Maschinen produziert war, lag höher als das Planziel von 1970!

1968 lag bereits nach neun Monaten die Industrieproduktion des Landes um 51 Prozent über dem Stand von 1960. 1967 war das Industrievolumen um 76% größer als 1960 und um 26 Prozent größer als 1965. 1968 war gegenüber 1965 ein Wachstum von 47 Prozent festzustellen. Folgende Produktionssteigerungen wurden 1968 gegenüber 1960 erreicht: Rohöl 51%; Raffinerie-Öl 120%; Rohkupfer 430%; Elektrizität 250%; Kohle 73%;, Woll- und Baumwolltextilien 57%; Schuhwerk 250%; Makkaroni 100%; Fischkonserven 70%.

Große Erfolge erzielte das albanische Volk auch auf anderen Gebieten. Die Elektrifizierung des Landes stieg 1965 bis 67 um 250%. In den ersten acht Monaten 1968 wurde hier der Plan um 3,4 % übererfüllt. Als neues Wasserkraftwerk wurde in letzter Zeit Nav i Dejes errichtet. Bedeutend ist das Wärmekraftwerk Fieri, welches vor einiger Zeit fertiggestellt wurde.

Neue wichtige Eisenbahnen und Straßen wurden in letzter Zeit gebaut, so die wichtige Malesia-Landstraße im Norden des Landes. Ein wichtiges Ziel des vierten Planjahrfünfts ist die Trockenlegung des großen Hoxhava-Sumpfgebietes, welches 22 000 ha umfaßt und an der Küste der Adria liegt. Auch hier wurden schon bedeutende Erfolge verbucht.

Auch die Landwirtschaft der VRA erringt immer neue große Siege. Der Pro-Hektar-Ertrag von Reis stieg von 1,55 t (1960) auf 2,8 t (1967). Einigen Genossenschaften gelang es sogar 7 bis 8 t/ha zu ernten. In der Region Berat, wo erst seit wenigen Jahren Reis angebaut wird, wurde im letzten Jahr der Plan um 0,6 t/ha übererfüllt.

Ein anderer wirtschaftlicher Reichtum Albaniens sind seine Wälder. Während die Nachbarländer Jugoslawien und Griechenland durch Bodenerosion vieles an landwirtschaftlichen Gütern einbüßten, gelang es dem albanischen Volk durch groß angelegte Aufforstungskampagnen dieser dauernden Gefahr Herr zu werden. Die Bodenerosion wurde in den früheren Jahrhunderten durch Raubbau ausgelöst; die Kolonialmächte holzten weite Teile des Landes ab. Heutzutage liefern die Wälder Albaniens jedes Jahr Hunderttausende Kubikmeter Bau- und Brennholz.

Wie gelang es Albanien, diesem kleinen Staat in Südeuropa, das jüngst gerade

die Zweimillionengrenze der Einwohner überstieg, innerhalb eines knappen Vierteljahrhunderts, die Entwicklung von einem rückständigen Agrarland zu einem modernen Industriestaat? Dieser Aufschwung ist das glänzende Ergebnis der Politik des Selbstvertrauens, die das albanische Volk, geführt vom Genossen Enver Hoxha, befolgt. Durch die internationalistische Hilfe der Volksrepublik China wurde dem albanischen Volk beim Aufbau seines Landes wesentliche Hilfe zuteil. Gegenwärtig sind rund 30 wichtige Industrieobjekte im Bau bzw. in der Planung, die mit chinesischer Hilfe errichtet werden.

Genosse Mao Tsetung sagte: "Wir treten für das Vertrauen auf die eigene Kraft ein. Wir hoffen auf Hilfe von auswärts, können uns aber nicht von ihr abhängig machen; wir verlassen uns auf die eigenen Anstrengungen, auf die schöpferischen Kräfte der ganzen Armee und des gesamten Volkes." Sich auf dieses fundamentale Prinzip der Maotsetungideen stützend, hat das albanische Volk seine Erfolge erreicht. Es ist eine unumstößliche Wahrheit: "Den Volksmassen wohnt eine unbegrenzte Schöpferkraft inne."

China ist schuldenfrei

Genosse Lin Biao sagte in seinem politischen Bericht auf dem IX. Parteitag der KPCh: "Bis Ende 1968 wurden von uns alle Staatsanleihen zurückgezahlt. Unser Land ist zu einem sozialistischen Staat geworden, der sowohl von inländischen als auch von ausländischen Schulden frei ist." Praktisch alle Staaten der Erde sind irgendwie verschuldet - durch Staatsanleihen vom Volk und durch ausländische Darlehen. In den kapitalistischen Ländern steigt die Verschuldung unaufhörlich. Die Inlandschulden der USA betrugen 1966 z.B. 351,7 Mrd. Dollar (mehr als das Doppelte der Staatseinnahmen von 1968). Großbritannien hatte Anfang 1968 33,5 Mrd. Pfund Inlandschulden (das Dreifache des Staatshaushalts). Ähnliche Schulden hat auch die Sowjetunion. 1964-66 wurden von den kapitalistischen Ländern rund 1 Mrd. Rubel geliehen. - Erst wenn man diese enormen Verschuldungen kennt, weiß man, was es bedeutet, wenn China keinerlei Schulden mehr hat.

Vor 20 Jahren, bevor die VR China gegründet wurde, war China restlos verschuldet. Die amerikanischen Finanzbosse spekulierten: "Die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chinas sind unüberwindlich". Sie hatten sich verrechnet, das chinesische Volk überwand alle Schwierigkeiten gestützt auf die Maotsetungideen und baute seine sozialistische Wirtschaft auf, die heute Weltgeltung besitzt und laufend neue Spitzenerzeugnisse produziert. Selbst unsere bürgerliche Presse konnte den Tatbestand, daß China jetzt schuldenfrei ist, nicht verbergen. So schrieb beispielsweise am 29.5. die "Frankfurter Rundschau": 'China ist vielleicht das einzige Land der Welt, das weder Schulden im Inland noch im Ausland hat.'

WELCHE?

Unter BISMARCK
wurden unsere Großväter eingesperrt
Aber
wir hatten Demokratie
(die Bismarcksche)
Sie brachte uns Ludendorff -

und den ersten Weltkrieg!

Unter HINDENBURG
wurden unsere Väter verhaftet
Aber
wir hatten Demokratie
(die Hindenburgsche)
Sie brachte uns Hitler -

und den zweiten Weltkrieg!

Unter ADENAUER
saßen wir selbst im Knast
Aber
wir hatten Demokratie
(die Adenauersche)
Sie brachte uns Notstand -

und die Vorbereitung
des dritten Weltkrieges!

NEULICH las ich
die DKP wolle
die Demokratie erneuern

Die Bismarcksche?
Die Hindenburgische?
Die Adenauersche?

hula

Revisionistisches:

Tiflis, Georgische SSR, die Heimat Stalins. Der Stalin-Berg über der Stadt wurde vor einiger Zeit umbenannt und erhielt wieder seinen alten Namen "Berg des Heiligen David". - Genosse Mao Tsetung sagt: "Mit Idealismus und Metaphysik kommt man in der Welt am leichtesten durch ... Materialismus und Dialektik erfordern hingegen Anstrengungen".

+

Neue Erfolge der revisionistischen Landwirtschaft der SU: Auf dem Moskauer Zentralmarkt kostet jetzt (umgerechnet) ein Kilo Tomaten 45,-- DM, ein Kilo Gurken 22,50 DM, ein Bündel Petersilie DM 2,50. Das neue, noch bürgerlichere Kolchosstatut wird sicherlich noch ganz andere Preise möglich machen. Zur Zeit wird in der SU schon privat erwirtschaftet: 63 Prozent der Kartoffeln, 11 Prozent Gemüse, 38 Prozent Fleisch bzw. Milch, 63 Prozent Eier, 30 Prozent Wolle.

+

Starke Polizeieinheiten, berittene Miliz und Hilfspolizei sicherten die diesjährigen Osterprozessionen und Gottesdienste in der Sowjetunion. Jugendliche, die ihren Unmut über die kirchliche Verblödung des Volkes Luft machten, wurden im Polizeigriff abgeführt. Dafür wurden in den staatlichen Läden Kulitsch, das russische Osterbrot, und Osterkerzen angeboten.

Kommentar: Näher mein Gott mit dir zum modernen sowjetischen 'Kommunismus'.

+

Nachdem auf der Hannover-Messe eine westdeutsche Delegation unter Leitung von Bundeswirtschaftsminister Schiller und eine sowjetische Delegation unter Leitung von UdSSR-Außenhandelsminister Patolitschew und Botschafter Zarapkin in "freundschaftlicher Atmosphäre" zusammentraten, wurde bekannt, daß die "Thyssen-Röhrenwerke-AG einen ersten sowjetischen Auftrag" von 20 Millionen Mark erhielten. Thyssen wird in der Ukraine ein Walzwerk zur Produktion von Großröhren in kooperativer Weise errichten und billige russische Arbeitskräfte profitsteigernd einsetzen.

Bereits in 19 Städten der UdSSR kann jetzt schon die US-Autovermittlungsgesellschaft "Hertz" Wagen vermieten.

+

Nachdem nordkoreanische Soldaten ein US-Spionageflugzeug abgeschossen hatten, das in provokatorischer Weise in Nordkoreanisches Hoheitsgebiet eingedrungen war, beteiligten sich eilfertig ein sowjetischer Zerstörer gemeinsam mit Marineeinheiten der USA an der Suche nach Wrackteilen und Überlebenden der Aggressionsmaschine. Ein sowjetischer Vertreter in Tokio erklärte gegenüber einem Korrespondenten der westdeutschen Nachrichtenagentur dpa: 'Der Abschuß des Flugzeuges sei für die UdSSR "recht unangenehm".'

Kommentar: Es lebe die sowjet-revisionistische US-imperialistische Waffenbrüderschaft gegen die sozialistischen Staaten.

+

In Karlovy Vary, dem einst weltberühmten Modebad der Bourgeoisie Karlsbad, soll in Kürze in der ehemaligen Lützow-Villa das erste Spielkasino der CSSR eröffnet werden. Sicher wird es schon bald zum zugkraftigen Treffpunkt der alten und neuen Bourgeoisie in der CSSR werden.

+

Der Alkoholismus, von Friedrich Engels einmal als "kapitalistisches Übel" gebrandmarkt, nimmt in der Sowjetunion beständig zu. Nach einem Bericht der "Prawda" werden 98 % aller Morde in der Sowjetunion unter Alkoholeinfluß begangen. Die "Komsomolzkaja Prawda" meint, daß die Hauptursache für den Alkoholmißbrauch einfach darin liege, daß er so leicht zu bekommen sei. Uns scheinen die täglichen Sorgen der Sowjetbürger eher die Hauptursache zu sein.

+

Im Zuge der geplanten, den Kapitalismus restaurierenden Wirtschaftsreformen der CSSR ist ein seit 20 Jahren bestehendes Verbot aufgehoben worden. Ab sofort ist es einigen Zeitungen und Zeitschriften wieder erlaubt, Anzeigen kapitalistischer Betriebe des westlichen Auslandes zu veröffentlichen. 17

staatseigene CSSR-Unternehmen dürfen künftig direkt Handelsverträge mit westlichen Firmen abschließen.

+

Nach einem Bericht des "Neuen Deutschland" vom 10. Mai hat der volkseigene Betrieb Kleinmetallwarenwerke Heiligenstadt es fertig gebracht, durch Preismanipulationen innerhalb von 16 Monaten über 1 Millionen Mark ungerechtfertigter Gewinne auf seinen Konten zu verbuchen. Die volkseigene Brandenburger Kammgarnspinnerei hatte durch Manipulation am Prämienfond den Arbeitern Jahresendprämien zwischen 20 und 150 Mark gutgeschrieben, während sich die Direktoren mindestens 1000,-- Mark bewilligten. Einen guten Verdienst steckte auch die Leitung des Prominentenlokals "Lindencorso" in Ostberlin ein, die ihren Profit durch halbgefüllte Schnapsgläser und dünnen Kaffee erhöhte.

+

Die "Prawda" (Wahrheit), sowjetisches Zentralorgan der KPdSU, bezieht ihre Informationen aus "trüben Quellen". Dies jedenfalls behauptete der Generalsekretär der revisionistischen KP Kanadas, William Kashtan. Er beschuldigte in einer Pressekonferenz in Moskau Westjournalisten, gelogen zu haben, als sie berichteten, die ostpakistanische Delegation habe auf dem Gipfeltreffen der revisionistischen Parteien eine Verurteilung Chinas vorgeschlagen. Einem Westjournalisten, der daraufhin die "Prawda" vom 11. Juni aus der Tasche zog und den betreffenden Artikel wörtlich verlas, antwortete er: Trotzdem sage ich, es stimmt nicht. Wer log hier? Die "Prawda" oder Kashtan?

+

Was den Sowjetrevisionisten recht, ist ihren westdeutschen Ablegern schon lange billig. So veröffentlichte das schwindsüchtige Revisionistenblättchen UZ (Unsere Zeit) eine ganzseitige Anzeige der "American Machine & Foundry Company", New York, die Bowling-Bahnen für Ungarn, Polen, die CSSR und DDR liefert.

Der Staat in dem wir leben:

Nach der alle drei Jahre aufgestellten Vermögenssteuer-Statistik hat die Zahl der Vermögensmillionäre in der Bundesrepublik in den letzten drei Jahren um etwa 30% zugenommen. In der gleichen Zeit hat sich der Wert ihres Vermögens um die gleiche Rate erhöht. Zur Zeit gibt es bei uns 15400 Millionäre mit einem Vermögen von 49,9 Milliarden Mark. Davon sind 6 Multimillionäre mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 200 Millionen Mark und mehr. 16 nennen ein Vermögen zwischen 100 und 200 Millionen ihr eigen, 28 zwischen 50 und 100 Millionen. Über 10 800 Millionäre begnügen sich indes mit einem von "nur" 1 bis 2,5 Millionen Mark.

+

Immer noch grassiert in der Bundesrepublik die Kinderarbeit. Allein in Bayern mußten die Gewerbeaufsichtsämter in den letzten 2 1/2 Jahren 250 mal eingreifen, weil Kinder beschäftigt wurden. Insgesamt haben die Ämter in dieser Zeit 21 186 mal beanstandet, daß die gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet wurden. Trotz ärztlichen Verbots arbeiten 7 081 Jugendliche. Tätigkeiten am Sonntag oder anderen arbeitsfreien Zeiten wurden 3 400 mal festgestellt. Die für die Kinderarbeit zutreffenden Dunkelziffern liegen jedoch noch weitaus höher. Dagegen sind die Behörden in der strafrechtlichen Verfolgung der die Kinder ausbeutenden Unternehmer äusserst human. Nur in 830 Fällen wurde verfolgt und dabei geradezu lächerliche Geldstrafen von 10,-- bis 300,-- Mark erlassen, die die Unternehmer auf Grund ihrer enormen Profite aus der Kinderarbeit mit der linken Hand bezahlen können.

+

Die Reichen werden in unserem Staat bevorzugt behandelt. Wer 800,-- Mark im Monat verdient, bekommt durch Steuerfreibeträge für das 1. Kind 19,-- Mark. Bei einem Gehalt von 2.000,-- Mark erhält er schon 23,40 Mark. Bei 5 Kindern gibt es bei einem Gehalt von 800,-- Mark für jedes Kind 55,02 Mark, bei einem 2.000,-- Mark-Einkommen hilft der Staat jedoch mit 69,64.

Auch auf anderen Gebieten werden die sozial Schwachen geschröpft. Während die Erwerbsunfähigkeits- und Altersrentner durch den Krankenversicherungsbeitrag um 2% gerupft werden, können die Industrie-Aktiengesellschaften für das letzte Krisenjahr 8,1% höhere Gewinne ausschütten und die Jahresgehälter der Vorstandsmitglieder von ...renhauskonzernen stiegen um 25% auf 543.650 Mark oder 45.304 Mark monatlich.

Dagegen müssen 12,7% der Rheinland/Pfälzer über 65 Jahren mit unter 200 Mark im Monat auskommen. 32% mit weniger als 300 Mark, 20% zwischen 300 und 500 Mark und nur 25% über 500 Mark. Das ist für die Hälfte der Alten zum Sterben zuviel, zum Leben zu wenig.

+

In den Stadtwerken von Ludwigshafen/Rhein wurden im Mai in der städtischen Verbrennungsanlage 300 Kilogramm des Waschpulvers "Cascade" des in der Nähe Worms ansässigen US-Waschmittelkonzerns Procter & Gamble verbrannt. Gegenwert rund 1,2 Millionen Mark. Grund: Im harten Kampf um den Markt will der US-Konzern nur noch Dash groß herausstellen. Andere Produkte des Konzerns: Ariel, Sanso, Rei, Lenor, Spüli, Kei, Meister Propper, Fairy.

+

Im Zuge der vergangenen Wirtschaftskrise hat sich die Ausbeutung in den Betrieben beträchtlich erhöht. 1968 gab es in der Wirtschaft der Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt 770 000 Erwerbstätige weniger als 1966. Dennoch stieg die Produktion (Bruttoinlandsprodukt) um fast 7%. Das bedeutet eine enorm gestiegene Ausbeutung der Werktätigen, da nur ein Teil der Erhöhung durch Automation zustande kam. Am stärksten waren vom Abbau der Arbeitsplätze die Arbeiter betroffen, aber auch die Angestellten können sich keineswegs sicher fühlen.

+

Immer salonfähiger wird die neonazistische NPD. Während man offiziell noch so tut, als gelte es, sie zu bekämpfen, führten Bundesminister Heck und CSU-Vorsitzender Strauß anläßlich der Präsidentenwahl in Westberlin Gespräche mit ihrem Partner von morgen, Adolf von Thadden. Heck distanzierte sich ausdrücklich von Praktiken, die auf eine Herabsetzung der NPD abzielten.

Terrorjustiz

Es wird immer deutlicher, daß die Monopolbourgeoisie zur Zeit für die Bekämpfung der außerparlamentarischen Opposition hauptsächlich die Klassenjustiz und ihre ausführenden Organe einsetzt. Dies hat sich erst kürzlich wieder in Hamburg an zwei Beispielen gezeigt.

Am 20.6. wurde von der Polizei der persische Arbeiter Pourimani festgenommen, um am anderen Morgen nach Persien abgeschoben zu werden. Was ihn dort erwartet - er ist dem persischen Geheimdienst 'Savak' wegen seiner oppositionellen Haltung gegenüber dem faschistischen Schahregime bekannt - kann man sich leicht vorstellen. Vor kurzem wurden 8 persische Studenten hingerichtet.

Dem beinamputierten Arbeiter, der dringend operiert werden muß, wurde die Aufenthaltsgenehmigung entzogen - die deutsche Justiz wurde zum Erfüllungsgehilfen des Mörderschah. Nur durch den entschlossenen Widerstand Hamburger Marxisten-Leninisten und anderer fortschrittlicher Organisationen konnte vorläufig die Abschiebung verhindert werden.

Bei einer der dazu unternommenen Aktionen wurde ein Genosse der KPD/ML, Erhard Dressel, widerrechtlich festgenommen, als er mit einer Gruppe von Demonstranten aus dem Gebäude der Ausländerpolizei kam. Obwohl er einen festen Wohnsitz und einen festen Arbeitsplatz hat, wurde er im Untersuchungsgefängnis eingekerkert. Dafür verantwortlich ist der berüchtigte Richter Vogt, der auch für die meisten Terrorurteile in Hamburg verantwortlich ist. Dieser 'Richter' hat soviele Schandtaten begangen, daß heute eine Wache der Polizei vor seinem Haus steht, um ihn zu schützen.

Wie schon vor einem Monat, als ein Genosse der Roten Garde Hamburg von politischer Polizei in einem Personenwagen zusammengeschlagen wurde, zeigt sich auch hier, daß die Klassenjustiz ihre Maske fallengelassen hat und zum offenen Terror übergeht.

Kampf der Klassenjustiz - Freiheit für Erhard Dressel.

BILD's Demokraten - Ben Nathan's Gorillas

Nichts trifft die Imperialisten mehr, als wenn man ihre schmutzigen Machenschaften entlarvt, wenn Arbeiter und fortschrittliche Intelligenz der kapitalistischen Lander sich mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker solidarisieren. So konnte es auch nicht ausbleiben, daß, als Asher Ben Nathan, Reisender in Zionismus, sich an den Universitäten Frankfurt und Hamburg die gebührende Abfuhr holte, die Reaktionäre aller Schattierungen wie wild über die fortschrittlichen, den Befreiungskampf des palästinischen Volkes unterstützenden deutschen und arabischen Studenten herfielen:

CSU-Boss Strauß: "Skandalöse Vorgänge". Bundesminister Stoltenberg: "Für alle Deutschen beschämend". Schriftsteller Grass: "Faschistisch". Allen voran marschierte natürlich wieder der Springer-Konzern, der in seinen Zeitungen erneut zum Pogrom gegen die "neuen Juden", die "linksradikalen Studenten" hetzte. BILD vom 11.6.69: "Jetzt reicht es!" "Wir können nur hoffen, daß jetzt alle Demokraten zusammenstehen, damit die akademischen Linksfaschisten nicht noch mehr Schaden anrichten können."

Die "Demokraten" standen denn auch zusammen. In Frankfurt wurde bei einem Vortrag Eli Loebls, der die imperialistische Politik des Zionismus kritisierte, er selbst und mehrere Studenten von bewaffneten Israelis brutal zusammengeschlagen. Mehrere von ihnen mußten mit Rippenbrüchen, schweren Verletzungen und Mißhandlungen ins Krankenhaus gebracht werden. In Hamburg traten Ben Nathans Gorillas in Aktion. Moshe Katz, der Besitzer des Night-Clubs "Revolution" auf der Reeperbahn, die Geschäftsleute Pemper und Golinski organisierten Schlägerbanden, die sich fast ausschließlich aus St.-Pauli-Kellnern und Zuhältern rekrutierten, die mit Totschlägern, Bleikabeln, Schlagringen und Stöcken über unbewaffnete palästinische Kommilitonen herfielen. Ein palästinischer Student wurde ohnmächtig mit einer Gehirnerschütterung in die Ambulanz getragen. Noch zwei Stunden nach Beendigung der Veranstaltung im Hamburger Audimax verfolgten starke Trupps israelischer Geheimpolizei und zionistischer Schläger deutsche und arabische Studenten und drohten ihnen an, sie "fertig zu machen und umzulegen". BILD's Demokraten.

Es ist schon eine Perfidie sondergleichen, daß ausgerechnet die, die während der NS-Zeit mithalfen, die Voraussetzungen für den millionenfachen Judenmord zu schaffen und heute die Redaktionen der bürgerlichen Presse bevölkern, sich zu Fürsprechern der 'Juden' machen. Bewußt nutzen sie das Schuldbewußtsein des deutschen Volkes gegenüber "den Juden" aus und münzen es um in ein Bekenntnis zum Zionismus, zur imperialistischen Politik Israels.

Für uns Marxisten-Leninisten ist die Sache klar. Für uns gibt es keine Rassenprobleme, sondern nur Klassenprobleme. Wir fragen niemanden danach, ob er Weißer, Jude, Neger, Asiate oder sonstwas ist. Für uns sind die jüdischen, wie die arabischen, wie allen farbigen Werktätigen Klassenbrüder, mit denen wir gemeinsam den Klassenfeind, die Unternehmer und Ausbeuter, die Monopolisten und Imperialisten bekämpfen, egal ob sie weißer, gelber oder schwarzer Hautfarbe sind. Immer gilt unsere Unterstützung und Solidarität dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen ihre imperialistischen Unterdrücker. So werden wir dann auch weiter den Befreiungskampf des palästinischen Volkes gegen seine zionistisch-imperialistischen Unterdrücker unterstützen, werden wir weiter - wie schon zum Ostermarsch - gemeinsam mit den zur Zeit in der Bundesrepublik weilenden Angehörigen der Al Fatah demonstrieren.

Aspekte zum Trotzkismus

Bei der täglichen Agitationsarbeit geschieht es immer wieder, daß das Problem "Trotzki" erörtert wird. Das wäre an sich schon Grund genug, dem Trotzkismus einige Gedanken zu widmen. Nicht so sehr von seiner historischen Perspektive, als von seiner aktuellen Problematik her. Trotzkismus muß u.a. als Begleiterscheinung des Aufbaus und der Festigung einer marxistisch-leninisti-

schen Organisation erkannt werden, die völlig unabhängig von einem bewußten Bekenntnis zu den Ideen L. Trotzkis auftreten kann. Eben darin besteht auch die Gefahr dieser Abweichung. Sie tritt häufig in Form von "linken" Phrasen auf, die aber schnell gegen rechte Parolen ausgetauscht werden können.

Diese scheinbar unvereinbaren Widersprüche in den Erscheinungsformen des Trotzkismus, hier "linker" Radikalismus dort Rechtsopportunismus, lösen sich erst auf, wenn man seine klassenmässige Herkunft kennt. Das Schwanken in den Positionen weist auf die Herkunft auf jenen Teil der Gesellschaft hin, der infolge seiner Zwischenstellung zum wechselnden Paktieren mit dem jeweils Stärkeren neigt: Dem Kleinbürgertum (so gibt es Untersuchungen, nach denen zur Zeit der größten Machtentfaltung der französischen Arbeiterklasse im Mai 68 sich ca. 70 % des Kleinbürgertums von de Gaulle abgewandt hatten. Als aber infolge des Verrats durch die KPF der Kampf der Arbeiter und Studenten abflaute, strömte es dem wieder die Zügel fest in der Hand haltenden de Gaulle zu).

Infolge seiner von zwei Seiten bedrohten Stellung ist die ständige Wankelmütigkeit geradezu die Verhaltensweise, die dem Kleinbürgertum sein Überleben garantieren soll: Scheint ihm das Großbürgertum stärker als die Arbeiterklasse, neigt es zu rechten Parolen, hält es die Arbeiterklasse für mächtiger, zu linken. In jedem Fall fühlt es sich allein nicht stark genug und ist weitgehend demoralisiert. Typisch ist sein ständiges Schielen nach rechts und links. Jede zeitweilige Änderung der Verhältnisse im Klassenkampf führt zu einer Umorientierung.

Hier kann Trotzkis Verhalten Anfang der 20ziger Jahre als Beispiel gelten: Auf dem Höhepunkt des Siegesbewußtseins der jungen Sowjetunion befürwortete er eine abenteuerliche, den Bestand des Staates aufs Spiel setzende Außenpolitik. Nachdem aber die Kämpfe der Arbeiter Westeuropas nicht zum Sieg geführt hatten, verfiel er in genau das andere Extrem: Jetzt wollte er die sowjetische Wirtschaft durch das ausländische Großkapital aufbauen und abhängig machen lassen und gefährdete hiermit ebenfalls den Bestand des ersten sozialistischen Staates. Interessant ist auch sein Verhalten nach der niedergeschlagenen Revolution von 1905. Jetzt, wo es darum ging, die Erfahrungen der Kämpfe auszuwerten und eine kampftüchtige Partei aufzubauen, zog Trotzki sich fast völlig ins Privatleben zurück, ein Anzeichen dafür, daß er die objektive Natur des Klassenkampfes nicht sah oder nicht sehen wollte. Nur wenn dieser sich in seinem allerhöchsten, dem bewaffneten Kampf, befand, konnte Trotzki die Stärke und Kampfkraft des Proletariats erkennen.

Dieses Verhalten braucht natürlich seine ideologische Rechtfertigung. Sie ist identisch mit der menschewistischen Linie, die ja auf dem Parteikongreß im Jahre 1903 auch von Trotzki vertreten wurde. Dazu gehören liberale Auffassungen über die Anforderungen an Parteimitglieder. Spontanitätstheorie und Ökonomismus. Der Spontanitätsgedanken gesteht in letzter Konsequenz nur dem gänzlich ungeschulten Proletarier das Recht zur Initiative zu, denn wer die Schulung im Marxismus-Leninismus erfahren hat, handelt ja bereits nicht mehr spontan, sondern plant bewußt voraus und sieht über die unmittelbaren Bedürfnisse hinaus. (Das heißt über die Probleme am Arbeitsplatz und mit dem Hauswirt). Denn planen, das widerspräche ja der kleinbürgerlichen Zaghaftigkeit, die darauf angewiesen ist, daß andere für sie die revolutionäre Initiative ergreifen. Wenn erst die Proletarier ohne entwickeltes Bewußtsein "spontan" den Kampf beginnen, dann ist es ja wohl auch günstiger für den Kleinbürger, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen, denn dann hat man ja wohl die Gewähr, daß auch jeder Proletarier zum Kampf bereit ist. Und damit es auch ganz sicher ist, soll sich jeder Sympathisierende und Mit-Demonstrant als Mitglied der Partei bezeichnen dürfen, denn sonst bestünde sie ja aus geschulten Mitgliedern und die sind ja nicht in der Lage, ungeplant "spontan" zu handeln, weil sie sich etwas bei ihren Handlungen denken.

Damit ist dieser Aspekt des Trotzkismus als Schmarotzer an der marxistisch-leninistischen Bewegung entlarvt. Wichtig ist es, denjenigen Genossen, die noch Elemente des Trotzkismus in sich tragen, seine Herkunft und damit seinen Klassencharakter klarzumachen, der auf Grund seiner schillernden Erscheinungsform leicht verborgen bleibt.

Kritik und Selbstkritik

Der Artikel "Ein revisionistisches Trauerspiel" in der Aprilausgabe "Roter Morgen" Seite 10 enthält zwei Formulierungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen:

1. "Nur zu Marx bekennen sie sich (d.h. die Revisionisten der DKP) und das ist verständlich, ihn können sie leichter revisionistisch verdrehen als Lenin."

Das ist eine unverantwortliche Unterschätzung Marx (und Engels) im Kampf gegen den Revisionismus. Lenin beruft sich in seinem Kampf gegen den Revisionismus immer wieder auf Marx und Engels. Wenn dem Verfasser des Artikels die wichtigsten Schriften Marx und Engels über den Revisionismus nicht bekannt sind, ist das Redaktionskollektiv unseres theoretischen Organs gerne bereit, ihm beim Studium behilflich zu sein. Im übrigen verweisen wir auf den Schulungsplan der KPD/ML. Die obige Formulierung läuft auch auf eine Trennung des Marxismus und Leninismus hinaus. Da der Leninismus die Weiterentwicklung des Marxismus in der Epoche des Imperialismus ist, kann der Marxismus-Leninismus nur eine einheitliche Theorie und eine einheitliche Anwendung in der Praxis bedeuten. Die Revisionisten bekennen sich weder zu Lenin noch zu Marx, mögen sie aus taktischen Erwägungen auch ein Lippenbekenntnis abgeben. Marxismus-Leninismus und Revisionismus sind unvereinbar wie Feuer und Wasser.

2. "Ich sah viele Genossen aus den Kreisen, die mir als aufrechte Marxisten/Leninisten bekannt sind, aber auch sie merkten nicht, wie sie hier verschaukelt wurden."

Wenn der Verfasser geschrieben hätte: "die mir als aufrechte Genossen bekannt sind", wäre nichts einzuwenden. Wenn Genossen der DKP nicht merken, wie sie revisionistisch "verschaukelt" werden, dann kann man nicht sagen, daß sie Marxisten-Leninisten sind, mögen sie noch so ehrlich und aufrichtig sein. Die Verwandlung einer ehemals revolutionären Partei in eine revisionistische ist jedoch nur zu begreifen, weil eine jahrelange Vernachlässigung der ideologischen Arbeit, eine Mißachtung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus stattgefunden hat, wodurch das theoretische Niveau der Partei äußerst niedrig gehalten wurde. Denn wer die Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus erfaßt hat, für den ist es nicht schwer, die revisionistische Linie, wie sie z.B. in den letzten Programmen der KPD/DKP zum Ausdruck kommt, zu erkennen. Ein Marxist-Leninist läßt sich nicht revisionistisch "verschaukeln", er kämpft gegen den Revisionismus in und außerhalb der revisionistischen Partei.

Die Kritik an den Verfasser des oben genannten Artikels trifft im gewissen Sinne auch das Redaktionskollektiv "Roter Morgen", das solche unmarxistischen Formulierungen unwidersprochen abdruckt.

widi

Leserbriefe

'Liebe Genossen!

Mit großer Freude las ich in der 'Peking Rundschau' Ihren Protest gegen die sowjet-revisionistische Provokation am Wussuli-Fluß und Ihren Glückwunsch an den 9. Parteitag der KPCh.

Inliegend schicke ich Ihnen "Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volk" und Gorkis "Sturmvogel". Vielleicht können Sie meine Nachdichtung verwenden. Wäre Gorki noch am Leben, er kämpfte gewiß gegen die neuen Zaren mit ebenso großer Leidenschaft wie einst gegen die alten Zaren.

Große Siege im Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion wünscht Ihnen

Ihre Dshu Bai-lan, Canton, China'

+

'Am 29. März 1969 bin ich in Köln mit den Genossen S. und F. zusammengetroffen, die mir über die KPD/ML berichtet haben. Nach all dem, was ich an Halbwahrheit, erfundenen Gerüchten und schlichten Ausgeburten einer manchmal hysterischen Phantasie über die von Euch in Hamburg gegründete Partei gehört habe, war ich von dem, was mir die oben genannten Genossen erzählt haben, tief beeindruckt. Diese kleinliche Cliquenwirtschaft und ständige Stänkerei, die von manchen Gruppen be-

trieben wird, kotzt mich schon lange an, vor allem deshalb, weil jeder meint, er bzw. seine engeren Freunde seien die wahren MLs und die anderen Revisionisten oder offene Agenten des Klassenfeindes. Dies tut mir insofern leid, als unter diesen sich auch Genossen befinden, von deren Redlichkeit und revolutionärer Gesinnung ich durch jahrelange gemeinsame Erfahrung überzeugt bin. Dennoch meine ich, daß sich jeder einzelne Genosse endlich mal entscheiden muß, wie er zur KPD/ML steht, und warum und wieso er die einzige wirklich organisierte Gruppe ablehnt. Was mich angeht, so bin ich der Ansicht, daß wir alle die Einheit wollen müssen, allen unausgegorenen Stunk, alle persönlichen Eitelkeiten restlos ausschalten müssen. Ich bin der verdammten Wurstelei müde, des Schmorens im eigenen Saft und habe daher mit Genossen S. Verbindung aufgenommen.'

S.A., Bonn

Immer wieder verschwindet der ROTE MORGEN auf seinem Weg zum Bezieher. Postsendungen des ROTEN MORGEN und der KPD/ML ins Ausland kommen nur in seltenen Fällen an. Wir bitten jeden, der den ROTEN MORGEN nicht erhält, dies uns mitzuteilen.